

## VW muss viel lernen

Musterklage: „Richter regt Vergleich an“, FR-Wirtschaft vom 1.10.

Im März habe ich für meine Frau einen VW Polo 1.0 mit 95 PS bestellt. Im schriftlichen Angebot wurde ohne weitere Angabe eine CO<sub>2</sub>-Emission von 106 g/km ausgewiesen. Dies hätte einer Steuer von 42 Euro entsprochen. Der Steuerbescheid belief sich jedoch tatsächlich auf 110 Euro, da die CO<sub>2</sub>-Emission hier mit 140 g/km angerechnet wurde. Wie sich herausstellte, war der im Angebot angegebene Wert nach NEFZ berechnet, der der Steuer zugrundeliegende Wert jedoch nach dem seit dem 1.9.2018 gültigen WLTP-Verfahren. Es wäre korrekt gewesen, dem CO<sub>2</sub>-Wert im Angebot ein NEFZ in Klammern zuzufügen oder noch besser: gleich den jetzt gültigen WLTP-Wert anzugeben. Es war wohl genügend Zeit, die Satzbausteine für die Angebote zu korrigieren, doch sieht der neue Wert eben nicht so gut aus. Wenn die Zahlen auch nicht falsch sind, so handelt es sich ohne Angabe der Berechnungsgrundlage doch um eine Täuschung. Was die Ehrlichkeit anbelangt, muss VW noch viel lernen!

Holger Trapper, Hadamar

## Gesetz nachbessern

Zu: „Klage gegen Ministerium“, FR-Regional vom 5. Oktober

Das Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz stärkt im Grundsatz tatsächlich das Bürgerrecht auf Einsicht in amtliche Unterlagen. Nur bei Gemeinden und Landkreisen ist dem Bürger faktisch der Zugang versperrt, denn nach §81 des Gesetzes besteht der Anspruch nur, wenn Gemeinden und Landkreise das mit einer Satzung ausdrücklich erlauben. Jedoch hat bisher kaum eine Gemeinde oder ein Kreis eine entsprechende Satzung erlassen. Im kommunalen Bereich hat der Bürger also in der Regel keinen Anspruch auf Informationszugang, die erwünschte Transparenz wird verhindert. Meint es der hessische Gesetzgeber ernst mit der Stärkung der Bürgerrechte, muss er das Gesetz nachbessern.

Hartmut Bärz, Kelkheim

## Was erlauben Merkel?

Syrien: „Jetzt ist Europa gefragt“, FR-Meinung vom 8. Oktober

Vorschlag für den nächsten Trump-Tweet: Ein Präsident ist kein Idiot! Ein Präsident sieht, was in der Welt passiert. Ein oder drei Weltpolitiker sind schwach wie eine Flasche leer. Sie klagen mehr als sie agieren. Was erlauben Merkel? Ich habe fertig! Peter Fröhlich, Bad Homburg



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Bascha Mika** spricht mit Julia Möhn über „Alter? (K)ein Thema! Wie machtvolle ältere Frauen ihre Positionen in der Berufswelt neu definieren – und wer ihre größten Widersacher dabei sind“.  
**Donnerstag, 10. Oktober, 16.15 Uhr**  
**Karrieremesse „her career“**  
**Ingolstädter Str. 45, München**

**Pitt von Bebenburg** moderiert die Diskussion „Altersarmut – ein Problem mit vielen Ursachen“ des Bündnisses Soziale Gerechtigkeit Hessen mit dem hessischen DGB-Vorsitzenden Michael Rudolph, Ralf-Norbert Bartel (CDU), Marcus Bocklet (Grüne) und dem Armuts-experten Ernst Ulrich Huster.  
**Donnerstag, 17. Oktober, 20 Uhr**  
**Haus an der Marktkirche, Schlossplatz 4, Wiesbaden**

**Lutz „Bronski“ Büge** liest im Rahmen des Offenbacher Stadtlesens aus seinem neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“.  
**Freitag, 18. Oktober, 18 Uhr**  
**Bühne auf dem Aliceplatz, Offenbach**

**Thomas Kaspar** spricht im Rahmen von „Open Books“ mit den Autorinnen Sarah Spiekermann und June Perry über deren Bücher „Digitale Ethik“ und „Lifehack“.  
**Samstag, 19. Oktober, 20 Uhr**  
**Historisches Museum, Saalhof 1, Frankfurt**

**Bernd Hontschik** liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht.  
Anschließend Diskussion.  
**Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr**  
**Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt**

## Keine Mehrheit für engagiertes Vorgehen

Klimademos: „Eher Tanz als Aufstand“ und „So nötig wie radikal“, FR-Politik und Meinung vom 8. Oktober

### Schadstoffhandel soll legitimiert werden

Emissionen, der sogenannte Schadstoffhandel, soll das Herzstück des Klimaschutzprogramms der deutschen Bundesregierung sein. Was geht nur in den Köpfen der Politiker vor? Mit Recht wurde der illegale, gesundheitsschädigende Drogenhandel strafrechtlich sanktioniert. Und nun soll der gesundheitsschädigende Schadstoffhandel staatlich legitimiert werden. Das ist rational nicht mehr zu verstehen. Fällt den Damen und Herren nichts anderes mehr dazu ein? Harald Nolte, Frankfurt

### Das SPD-Bashing ist eher kontraproduktiv

Alle Leserbriefe zur drohenden Klimakatastrophe, zum sogenannten Klimapaket der Bundesregierung, zur Notwendigkeit des Klimaschutzes haben recht: Ja, es ist nicht fünf Minuten vor zwölf, sondern eher zwei Minuten danach. Das Klimaschutzpaket ist bestenfalls ein Päckchen, es braucht Verbote für klimaschädliches und nicht nur Anreize für klimafreundliches Verhalten, wir brauchen eine Verkehrswende, der Kohleausstieg muss schneller gehen, erneuerbare Energien müssen gefördert werden, Geld wäre jedenfalls mit einer Vermögenssteuer genug vorhanden und die schwarze Null darf kein Selbstzweck sein, usw. usw.

Nur: Warum laden die meisten Leserbriefschreiber in der FR ihren – berechtigten – Zorn bei der SPD und bei Thorsten Schäfer-Gümbel ab? Seine Aussage, es habe ein Paradigmenwechsel stattgefunden, ist sicherlich etwas geschönt. Aber was hätte die SPD in der großen Koalition mehr erreichen können? Die Forderungen lagen auf dem Tisch und die CDU hat sich hartleibig gezeigt, wann immer Maßnahmen zulasten der Wirtschaft und insbesondere der Autoindustrie gefordert wurden.

Und außerhalb der ungeliebten Koalition? Es gibt zwei Fraktionen im Bundestag, die ein ernsthaftes Umsteuern in der Klimapolitik verhindern: Die



Aktivisten von „Extinction Rebellion“ am Fuß der Siegesssäule. DPA

AfD, weil sie die Gefahr leugnet, und die CDU, weil ihr die Interessen der Wirtschaft mehr am Herzen liegen als der Kampf gegen die Klimakatastrophe. Eine Mehrheit für ein engagierteres Vorgehen ist also im Bundestag nicht vorhanden. Und wenn man die Umfragen ansieht, ist eine solche Mehrheit im Augenblick auch bei Neuwahlen nicht zu erwarten.

Auch die Aussicht auf Schwarz-Grün nach der nächsten Bundestagswahl stimmt nicht unbedingt hoffnungsfroh. So ist es den Grünen in Hessen in der Koalition mit der CDU zwar gelungen, einige grüne Farbtupfer in der Koalitionsvereinbarung unterzubringen. Aber der große Wurf ist nicht erkennbar, wie z.B. das Verhalten der Landesregierung zum Flughafen ausbau oder der Kampf gegen Fahrverbote in den Innenstädten zeigt. Was in einer Demokratie bleibt, ist also, für Mehrheiten jenseits der CDU und der AfD zu werben. Das SPD-Bashing ist dabei eher kontraproduktiv.

Walter Unger, Maintal

### Die Überbevölkerung wird nicht thematisiert

Allein die umweltschädliche weltweite Produktion der Lithium-Ionen-Akkus für Handys stößt weit mehr CO<sub>2</sub> aus als der

globale Flugverkehr. Wenn die jungen Leute von „Fridays for Future“ halbwegs glaubwürdig wären, würden sie sich als erstes ein eigenes Handy-Verzicht für Kids unter 15 Jahren auferlegen. Ich bin noch ganz gut ohne die ständige Daddelerei groß geworden. Wenn man mal in Mülltonnen von Schulen und Hochschulen schaut, wird einem schlecht. Die Menge an achtlos weggeworfenen Lebensmitteln macht einen fassungslos. Mir haben meine Eltern noch beigebracht, mir nur so viel auf den Teller zu füllen, wie man nachher dann auch tatsächlich verzehren will.

Die Liste ließe sich mit Marken-Kleidung, überflüssigem Spielzeug und Mama-Taxis bis zum Schultor beliebig fortsetzen. Mir kommt es so vor, dass die Greta-Bewegung links-grün ideologisch gesteuert ist. Denn weder ist von einem eigenen substantiellen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung die Rede, noch wird das größte Menschheitsproblem, die Überbevölkerung, überhaupt nur erwähnt. Dabei wäre ein Bevölkerungs- bzw. Wachstumsgipfel mindestens ebenso wichtig wie ein Klimagipfel. Es kann gar nicht so viel CO<sub>2</sub> eingespart werden, wie jährlich 86 Millionen neue Menschen erzeugen.

Roland Berens, Verl

Diskussion: [frblog.de/extinction](http://frblog.de/extinction)

## Diskriminierte Sexarbeiterinnen

Zu: „Doña Carmen geht nach Straßburg“, FR-Regional vom 2. Februar

In der FR vom 26.7.2018 war zu lesen: „Der Verein Doña Carmen reichte zusammen mit einem guten Dutzend Bordellbetreibern und einigen Freiern im Juni 2017 eine Verfassungsbeschwerde ein.“ (...)

Als Vorsitzende von Doña Carmen e.V. möchte ich den in der Printausgabe des Artikels vermittelten falschen Eindruck zurückweisen, unser Verein würde vornehmlich die Interessen männlicher Bordellbetreiber bzw. Freier, nicht aber die Interessen von Sexarbeiter/innen vertreten. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Fakt ist:

Unser Verein hat nicht zusammen mit Bordellbetreibern und Freiern geklagt, da wir gar nicht klageberechtigt sind. Wir haben diese Verfassungsbeschwerde lediglich initiiert. Entgegen der verfälschenden Darstellung in der FR sei darauf hingewiesen, dass unter den insgesamt 25 Beschwerdeführenden allein 18 Sexarbeiterinnen bzw. Transsexuelle waren. Im Übrigen waren drei der vier ebenfalls klagenden Bordellbetreibenden Frauen.

Die Nichtannahme der Klage seitens des Bundesverfassungsgerichts ist u.a. wegen des Ver-

stoßes gegen das Recht auf ein faires Verfahren aktuell Gegenstand einer Klage vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg.

In Zeiten, in denen Medien der Vorwurf gemacht wird, sie würden Fake News verbreiten, hätte es der Frankfurter Rundschau gut zu Gesicht gestanden, mehr Sorgfalt auf ihre Recherche und Berichterstattung zu verwenden. Insbesondere dann, wenn es um die Anliegen von nach wie vor rechtlich diskriminierten Sexarbeiterinnen geht.

Juanita Henning,  
Doña Carmen e.V., Frankfurt